

1920  
rieden ge-  
u Gemäl-  
de in der  
n. 3. also  
bal Hoff-  
handlungen  
g geführt.

# Leipziger Tageblatt

Sonntags-Ausgabe

und  
**Handels-Zeitung**  
Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes  
der Stadt Leipzig

114. Jahrgang

**Bezugspreis:** Für Leipzig und Vororte jährlich 120 M., monatlich 10 M., vierteljährlich 28 M., halbjährlich 55 M., jährlich 100 M. (Postgebühren eingeschlossen). Für andere Städte jährlich 130 M., monatlich 11 M., vierteljährlich 30 M., halbjährlich 58 M., jährlich 110 M. (Postgebühren eingeschlossen). Einzelhefte 2 M. 50 Pf. (Postgebühren eingeschlossen). Druck- und Verlagsanstalt: Leipzig, Hauptstraße 10. Dr. Erich Goerth, Leipzig.

**Anzeigenpreis:** Für Leipzig u. Vorort. Die erste Spalte 100 M., die zweite 75 M., die dritte 50 M., die vierte 25 M., die fünfte 15 M., die sechste 10 M., die siebte 7 M., die achte 5 M., die neunte 3 M., die zehnte 2 M. (Postgebühren eingeschlossen). Für andere Städte 120 M., die zweite 90 M., die dritte 60 M., die vierte 30 M., die fünfte 18 M., die sechste 12 M., die siebte 8 M., die achte 5 M., die neunte 3 M., die zehnte 2 M. (Postgebühren eingeschlossen). Druck- und Verlagsanstalt: Leipzig, Hauptstraße 10. Dr. Erich Goerth, Leipzig.

Nr. 305

Sonntag, den 4. Juli

1920

## Das deutsche Gutachten für Spa

Das Sachverständigenurteil über die Wirtschaftslage

**Verschlechterung der Wirtschaftslage. — Keine Wiederholung des 100 Milliarden-Goldmark-Angebots. — Kohlenlieferungen und fällige Mittel für den Wiederaufbau in Frankreich. — Eine Notanleihe für Deutschland.**

Berlin, 3. Juli. (Drahtbericht.) Das eingehende Gutachten der Sachverständigen über die Wirtschaftslage in Deutschland ist am 30. Juni dem Reichspräsidenten und dem Reichskanzler überreicht worden. Es enthält im wesentlichen die folgenden Punkte: Die Wirtschaftslage in Deutschland ist durch die Besetzung der Ruhr durch französische Truppen und die damit verbundenen Maßnahmen der französischen Regierung erheblich verschlechtert worden. Die Produktion ist zurückgegangen, die Arbeitslosigkeit hat zugenommen. Die Finanzlage ist durch die Ausgabe von Papiergeld verschlechtert worden. Die Kohlenlieferungen sind durch die Besetzung der Ruhr unterbrochen worden. Die Sachverständigen empfehlen, keine Wiederholung des 100 Milliarden-Goldmark-Angebots zu machen. Sie empfehlen vielmehr, die Kohlenlieferungen wiederherzustellen und die fälligen Mittel für den Wiederaufbau in Frankreich zu zahlen. Sie empfehlen auch, eine Notanleihe für Deutschland zu beschließen.

Der zweite Teil des Gutachtens beschäftigt sich mit den Voraussetzungen für die Herstellung des Wiedergutmachungsbetrages. Er behandelt zunächst das Angebot der deutschen Friedensdelegation im Vertrag von Versailles vom 29. Mai 1919, wobei Deutschland sich zu Zahlungen bis zur Höhe von 100 Milliarden Gold verpflichtete. Die Sachverständigen halten an sich den Grundgedanken des Angebots und die Ermögung, von denen es ausging, im Prinzip auch heute noch für richtig. Die Wiederholung dieses Angebots könne jedoch heute nicht mehr erfolgen, weil einmal von den damals als integrierender Teil des deutschen Angebotes aufgeführten Voraussetzungen (vor allem die Besetzung der Ruhr und Westpreußens, Ober-Schlesien und des Saargebietes, Selbstbestimmungsrecht für die Bevölkerung des Gebietes) keine Rede mehr sein kann, und zum anderen die wirtschaftliche Lage Deutschlands sich heute nicht mehr so günstig stellt wie damals. Die Sachverständigen empfehlen, die Kohlenlieferungen wiederherzustellen und die fälligen Mittel für den Wiederaufbau in Frankreich zu zahlen. Sie empfehlen auch, eine Notanleihe für Deutschland zu beschließen.

jenigen Warenmengen, die für die unmittelbare Wiederherstellung der menschlichen Arbeitskraft und Landwirtschaft nötig sind. Der unbedingte Einfuhrbedarf für die Zeit vom 15. Juli 1920 bis zum 30. Juni 1921 beträgt nach Berechnung der Sachverständigen über 4 1/2 Millionen Tonnen Rohphosphat. Dafür benötigt Deutschland ausländische Kredite in Form einer Notanleihe. Die näheren Bedingungen dieser Kredithilfe würden im übrigen in mündlichen Verhandlungen festgelegt werden können, deren baldige Einleitung den Sachverständigen äußerst dringlich erscheint, wie überhaupt nach Auffassung der Sachverständigen die als baldige Ausnahme von wirtschaftlichen Verbindungen und Verantwortlichkeiten der Gemeinschaften herzustellende, ohne die der Vertrag von Versailles niemals die ihm fehlende Kraft, eine wirkliche Friede zu sein, erhalten würde.

Schließlich beschäftigt sich die Denkschrift mit den Voraussetzungen für die Abgabe eines neuen deutschen Angebots, und kommt zu dem Ergebnis, daß ein solches Angebot nur möglich ist, wenn bei der Ausführung des Vertrages von Versailles von folgenden Voraussetzungen ausgegangen wird, die allerdings eine erhebliche Aufzählung nicht darstellen: Deutschland wird im Wege der Gegenseitigkeit die Restbegründung und wirtschaftliche Gleichberechtigung, sowie Rechtssicherheit im Auslande gewährt. Der Wirtschaftsfriede wird durch ausdrückliche zugehörige Nichtanwendung der Repressalienklausel gesichert. Deutschlands Wirtschaftshoheit im Inlande bleibt unangefastet. Deutschlands Einheitsgebiet wird durch keinerlei Eingriffe gefährdet. Freier Verkehr mit Ostpreußen wird gewährleistet. Die Kosten aus der Okkupation werden durch Begrenzung gemindert. Die Wiedergutmachung der aus den besetzten Gebieten weggeführten Gegenstände muß in das System der Wiedergutmachungsschuld eingegliedert werden. Die finanzielle Auseinandersetzung mit den ehemaligen Bundesgenossen wird unter Mitwirkung der Entente ermöglicht. Deutschland wird der zu seiner Existenz notwendige Schiffsraum zur Verfügung gestellt. Der Gegenwert der deutschen Rechten und Interessen im Ausland bleiben den berechtigten zu unmittelbarer Verfügung erhalten. Die Erhaltung der Ober-Schlesien bildet die unerlässliche Voraussetzung jeder Wiedergutmachungsverpflichtung Deutschlands. Sollte wider Erwarten die Zustimmung gegen Deutschland ausfallen, so würde die Abgabe eines deutschen Wiedergutmachungsangebotes hinfällig werden müssen, da die Unmöglichkeit Deutschlands zu nennenswerten Leistungen ohne Gegenleistung ohnehin für alle Welt erkennbar sein wird.

Das Gutachten schließt: Selbst nach Erfüllung dieser Voraussetzungen bleibt Deutschlands Lage ungeklärt und gefährdet. Es besteht für noch nicht absehbarer Zeit keine andere Möglichkeit, als den Notwendigkeiten des Staatsausbaus, soweit letztere Einschränkung und Stärkung der Steueransprüche nicht anstreben, durch hemmungslose Ausgabe neuer Papiergeldes zu genügen. Dieses Verfahren läßt sich wegen der sozialen Wirkungen der ständigen Preisveränderungen nur nach kurzer Zeit fortsetzen. Was dann kommen wird, ist ungewiß. Ohne raschen Beginn wahrhaft solidarischer Zusammenarbeitens der Völker sind die in der gestörten Weltordnung liegenden Ursachen der Wirtschaft- und Nahrungsnot nicht zu beseitigen.

### Die Wirkung der deutschen Denkschriften

Paris, 3. Juli. (Drahtbericht.) Der Sonderberichterstatter der Agence Havas' meldet aus Brüssel, über die deutschen Denkschriften hätten die Chiefs der alliierten Delegationen ihm gestern Abend gesagt, es handle sich um einen Fehler. Wenn die deutschen Vertreter sehen werden, daß diese Art der Begründung von den Alliierten offen gemißbilligt werde, würden sie in Spa ihre Taktik ändern. Nichtsdestoweniger zeigten die Denkschriften den Oppositionsgeist hinsichtlich der Ausführung des Vertrages. Wenn sie wirklich antrifft einhalten werden, dann werde die Begegnung von Spa zweifellos durch die Unmöglichkeit abgebrochen werden, in der sich die Alliierten befinden, einen Boden der Verständigung mit den Deutschen zu finden. (Weitere Meldungen über die Konferenzen in Brüssel und Spa siehe Seite 3.)

### Beschlüsse des Reichsbürgerrates

**Der Friedensvertrag von Versailles — Die Reichspräsidentenwahl**  
In der gestrigen Nachmittagsitzung des zu seiner dritten Sitzung in Leipzig zusammengetretenen Reichsbürgerrates wurde zur Frage des Friedens von Versailles folgende Entschließung angenommen:

Die in Leipzig zur dritten Reichsbürgerratsitzung versammelten Vertreter der deutschen Bürger erklären: Wir erkennen an, daß Deutschland die bei Abschluß des Waffenstillstandes auf Grund der 14 Punkte Wilsons übernommenen Verpflichtungen zu erfüllen hat. Uns sind aber unter Beachtung der Bestimmungen in dem Versailler Vertrage weitergehende Verpflichtungen aufgeworfen worden, und deshalb fordern wir die Aufhebung des Vertrages. Wir fordern als erste Voraussetzung friedlicher Beziehungen Klärung der Schuld, die der weichen Nation durch Besetzung deutscher Gebiete mit farbigen Truppen angekannt wird. Schuld der Bevölkerung in den besetzten und Abhängigkeitsgebieten gegenüber den angehörten Übergreifen der dortigen Machthaber. Abschluß wirtschaftlicher und finanzieller Vereinbarungen auf Grund der Abmachung vom 5. November 1918 nach dem Bestehen der Erfüllung deutscher Verpflichtungen. Aufrechterhaltung eines Heeres von mindestens 200 000 Mann und der Selbstbestimmung eines Landes nationaler Ordnung und Selbstbestimmung. Wir erwarten von den Delegierten in Spa, daß sie in Erkenntnis des Rechtes und der Notwendigkeit dieser Forderungen keine Verpflichtungen eingehen, die Deutschland nicht erfüllen kann.

Zur Frage der Wahl des Reichspräsidenten hat der Reichsbürgerrat in folgender Entschließung Stellung genommen:

Dem Reichspräsidenten ist verfassungsgemäß die Wahrung des gesamten Volkswohls anvertraut, darum muß er einzeln in seinem politischen Denken und Handeln unabhängige Persönlichkeiten sein. Er bedarf zur Erfüllung

seiner hohen Aufgabe einer bereits für die Mehrheit der Wähler großer erkennbarer Erfahrung, die ihn befähigt zur Übernahme der höchsten Würde und der damit verbundenen schwersten Pflichten im Dienste des deutschen Volkes; vor allem muß er erfüllt sein von der restlosen Hingabe an den vaterländischen Gedanken. Aus dieser Erwägung beschließt die Hauptversammlung des Reichsbürgerrates, sein Präsidium zu beauftragen: es wolle sich mit den politischen Parteien der großen Wirtschaft- und Berufs-Organisationen in Verbindung setzen, um im Hinblick auf die Wahl eines geeigneten Persönlichkeiten ausfindig zu machen und deren Wahl vorzubereiten.

Ueber die Verhandlungen des Reichsbürgerrates berichten wir ausführlich auf Seite 13.

### Fehrenbach — Präsidentschaftskandidat?

Karlsruhe, 3. Juli. (Drahtbericht.) Zu der Frage der Reichspräsidentenwahl teilt der 'Badische Beobachter', der gute Beziehungen zum Reichskanzler Fehrenbach unterhält, mit, daß für den Fall der endgültigen Ablehnung Eberts in weiteren politischen Kreisen, einschließlich der Sozialdemokraten, der Gedanke einer Aufstellung des letzten Reichskanzlers Fehrenbach als Kandidaten für die Präsidentschaft bereits erörtert worden sei. Ob Fehrenbach freilich geneigt ist, dieses Amt zu übernehmen, erscheint recht fraglich.

### Kraffin unterwegs nach Rußland

Kopenhagen, 3. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Wie von der Presse angekündigt, hat Kraffin auf einem englischen Torpedoboot die britischen Gewässer verlassen und die Fahrt nach Kopenhagen angetreten. In seiner Begleitung befinden sich Vertreter des englischen Handelsministeriums.

## Preis-Revolution oder -Entspannung?

Überhalb Jahre lang ist der große Kreislauf von erhöhten Preisen zu erhöhten Löhnen und von erhöhten Löhnen zu erhöhten Preisen durch den Irrgarten der Uebergangswirtschaft gegangen und hat zum Schluß ein derartig rasendes Tempo angenommen, daß der Erfolg der einen Maßnahme sich gar nicht so schnell auswirken konnte, als die andere Maßnahme schon wieder dagegen einsetzte. Man ist jetzt wohl allgemein zu der Erkenntnis gekommen — nicht nur in Arbeitgeber-, sondern auch in Arbeitnehmerkreisen —, daß ein weiteres Vorwärtstreiben auf dieser Bahn zur Ueberpannung der wirtschaftlichen Möglichkeiten und damit zum Zusammenbruch führen würde. Bei all unserer großen Not zeigt sich doch immer wieder der eine Grundgedanke, daß die Volkswirtschaft Gesetze in sich birgt, nach denen von selbst eine Reaktion sich durchzieht, sobald die Entwicklung derart zum Uebermaß treibt, daß sie die Existenz des Ganzen gefährdet. Wir haben aus dem Gebiete der Straßenbahn, in bezug auf die Tarif-erhöhungen, auf dem Gebiete des Bekleidungswezens, bei Schuhen und an manchen anderen Stellen die Erfahrung gemacht, daß dort, wo das Uebermaß des Möglichen erreicht ist, von selbst auf der ganzen Linie ein Halt eintritt. Eigenartig und für die Gesamtheit der Wirtschaft vielleicht ein Glück ist es, daß auf den verschiedensten Gebieten diese Ereignisse sich ziemlich gleichzeitig geltend machen, so daß wir nicht erst alle die Experimente hintereinander über uns ergehen lassen müssen, ehe wir zur Erkenntnis kamen, daß hier wirtschaftliche Gesetze vorliegen, sondern uns die Klarheit auf breiterer Basis zwangsweise vor Augen geführt wurde, so schmerzlich sie auch für einen Teil unserer wirtschaftlichen Schichtung sein mag.

Es scheint so, als ob dieselben Erfahrungen jetzt auf dem Gebiete der Lebensmittel-Preispolitik sich zeigen sollten. Sie treten hier etwas stürmischer auf, aber das liegt in der Natur der Sache. Das alte Wort, daß die Revolutionen im Bäckereibetrieb beginnen, beweist eben nur die Erfahrung, daß keine Lebensnotwendigkeit so dringend ist und so unbedingt nach Befriedigung drängt, wie die Erhaltung des Lebens, und daß Bekleidungs- und Wohnfragen hinter der Magenfrage insoweit zurücktreten. Es kommt dazu, daß in den breiten Massen die Erkenntnis aufgedämmert ist, daß die ganze augenblickliche Lage auf unserem Ernährungsgebiete nicht dazu drängt, die Preise zu treiben, sondern daß eine Abkühlung durch die gute Ernte und die Verbilligung der Einfuhr wohl gegeben wäre. Vor wenigen Monaten war der Handel mit Lebensmitteln selbst in seinen kleinsten wirtschaftlichen Formen ein gutes Geschäft. Es ist noch gar nicht lange her, daß überall, wo ein Laden frei war, Getränkgeschäfte, Käse und Speck, Würste, Käse und Konjerven in den Schaufenstern füllten, und überall, wo man sich in seiner Umgebung umhau, konnte man bemerken, daß es den Leuten dabei nicht schlecht gung. Auch die Tatsache, daß sich immer mehr Menschen zum Straßenhandel drängten, beweist, daß hier Erwerbsmöglichkeiten gegeben waren, die immerhin einige Ausflüchte boten. Man kann sich denken, daß alle diese Kreise schon um der Erhaltung ihrer Existenz willen an einem plötzlichen und starken Abbau der Preise kein Interesse haben. Es kam dazu, daß die Preislenkung, die durch eine Verbilligung der Einfuhr in Aussicht stand, durch die Verteuerungspolitik der Regierung — die im Interesse der Hebung der Landwirtschaft gewisse Lebensmittel höher bewerten mußte, die während der Kriegswirtschaft entschieden unterbewertet waren — in der Gesamtwirtschaft nicht so deutlich zutage trat. Man kann dem Händleramt auf dem Lebensmittelmarkt den Vorwurf nicht ersparen, daß es nicht rechtzeitig den Zeitpunkt erkannt habe, an dem durch gute Ernteaussichten im Inlande und auf dem Weltmarkt sich die Tendenz für eine Senkung der Preise entschied.

Es ist eigenartig, aber gleichzeitig interessant, wie rein gefühlsmäßig in der breiten Masse diese Erkenntnis sich durchdrückt, und zwar so mächtig, daß sie an einzelnen Stellen, wo sie durchaus aufgehalten werden sollte, zu Gewaltmaßnahmen führt. So kam es zu den bekannten Marktrevolten in Bremen, Hamburg, Würzburg, Berlin, Magdeburg, Mainz, Frankfurt, Osnabrück, Krefeld, Ulm, Ravensburg usw. Die Verteilung der Plätze über einen großen Teil des deutschen Reiches beweist, daß es sich hier nicht um Ereignisse handelt, die durch irgendeine Hehe hervorgerufen worden sind, sondern um eine Reaktion gegen einen wirtschaftlichen Zustand, der automatisch an ganz auseinanderliegenden und in ihren Versorgungsbedingungen oft gar nicht zusammenhängenden Stellen zum Ausbruch kam. Wir möchten dabei übrigens bemerken, daß es nicht ein Zufall ist, daß in Leipzig sich die Verhältnisse ruhig entwickelt haben. Es ist zwar eine alte Erscheinung, daß der Sache lieber drei Monate schimpft, ehe er einmal die Faust aus der Tasche nimmt und zuschlägt, aber es hat sich ja auch hier schon gezeigt, daß bei einer Ueberpannung der Verhältnisse selbst bei der lächlichen Gemütslichkeit der Volkswut nach Kochen kommen kann. Die Dinge liegen aber so, daß nach den uns regelmäßig zugehenden Marktberichten aus den großen Städten des Reiches Leipzig sich immer auf einer verhältnismäßig mittleren Linie bewegt hat. Es ist bei uns nicht eben billig gewesen, aber die unverkäuflichen Preise, die dem Publikum an anderen Orten angezwungen werden sollten, hat man uns doch nicht zu bieten gewagt. Es wäre nun vollkommen falsch, wollte man annehmen, daß durch jene Gewaltmaßnahmen irgendein Druck in der Richtung ausgeübt werden könnte, in der sich die Preisbildung entwickelt. Wenn tatsächlich Ansätze zu einer Besserung vorhanden sind, so liegt das an der Gesamtlage, die sich über kurz oder lang auf wirtschaftlichem Gebiete stets durchsetzt, ganz gleich, ob die Widerstände dagegen schwach oder übermächtig stark sind.

Wir stehen eben, wie gesagt, vor der Tatsache, daß ein allem Anschein nach günstige Ernte uns aber die Schwierigkeiten der